

Der Euro – Nur ein Wunder kann ihn noch retten

von

Heiner Flassbeck

Tageswoche, 1. Juni 2012

In diesen Tagen kann man in Euroland wieder beobachten, dass Politiker selbst in Zeiten höchster Gefahr die seltsame Neigung haben, scharf am eigentlichen Thema vorbei zu reden. In der Debatte um den Euro ist das allerdings extrem gefährlich, weil der Patient, die gemeinsame europäische Währung, mittlerweile ein kritisches Stadium erreicht hat und dringend der richtigen Therapie bedarf, um wieder gesunden zu können. Redeten die Politiker aber vor dem Auftauchen des neuen französischen Präsidenten vor allem über Rettungsschirme und Austeritätsmaßnahmen, haben sie nun das Thema gewechselt und debattieren mit aller Heftigkeit die von Francois Hollande ins Spiel gebrachten Eurobonds und Wachstum. Sie tun das aber immer noch mit dem gleichen falschen Fokus wie vorher. Weil sich die Diagnose der Krankheit in den Augen der meisten europäischen Politiker nicht geändert hat, führen sie mit tatkräftiger Unterstützung der meisten Medien über Eurobonds und Wachstum eine ebenso sinnlose Diskussion wie bei den Rettungsschirmen und der Austerität vorher.

In der Tat, für den, der mit der Diagnose in die Debatte startet, die Regierungen hätten schlecht gewirtschaftet und die staatlichen Schulden einiger Länder im Süden seien der Kern des Europroblems, für den sind Eurobonds schlimmeres Teufelszeug als die diversen Rettungsschirme. Beide führen aus dieser Sicht nur dazu, dass laxe Regierungen, statt sich am Riemen zu reißen, bei nächster Gelegenheit wieder über die Stränge schlagen, weil sie die berechtigte Sanktion des Marktes in Form hoher Zinsen ja nicht mehr spüren. Eurobonds tun das nur viel konsequenter als die Rettungsschirme, weil sie schlechter mit den Sparkonditionen belegt werden können als die Inanspruchnahme eines Rettungsschirmes. Das ist die Weltsicht, die vor allem die Politiker unter der Berliner Käseglocke mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Gleichwohl ist der Ansatz vollkommen falsch. Außerhalb der Käseglocke ist es mittlerweile zu einem Umdenken gekommen. Man hat in der internationalen Diskussion erkannt, dass das Kernproblem der Eurozone nicht die Staatshaushalte sind, sondern die Ungleichgewichte in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Länder mit gemeinsamer Währung, die sich zu Beginn der Finanzkrise 2008 in hohen Leistungs- und Handelsbilanzsalden innerhalb der Währungsunion spiegelten. Das dem zugrundeliegende Auseinanderlaufen der Lohnstückkosten und der Preise wurde zu einem erheblichen Teil von Deutschland verursacht, weil Deutschland systematisch unter seinen Verhältnissen, die südeuropäischen Ländern aber über ihren Verhältnissen lebten. Beide verstießen gegen das gemeinsam festgelegte Inflationsziel von zwei Prozent, die einen nach oben, Deutschland nach unten. Aber selbst Frankreich, das sich am besten an das Inflationsziel anpasste, muss nun mit einem erheblichen Verlust seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland leben.

Alle internationalen Erfahrungen aus den Währungskrisen der Vergangenheit zeigen, dass Länder mit gemeinsamer Währung oder festen Wechselkursen, die Lohnkostenunterschiede unter Berücksichtigung der Produktivitätsunterschiede (also

Unterschiede in den Lohnstückkosten in gleicher Währung gerechnet) von 20 und mehr aufwiesen, nicht auf Dauer miteinander Handel treiben konnten, ohne dass diejenigen, die an Wettbewerbsfähigkeit verloren hatten, in tiefgreifende Krisen gestürzt wurden. Diese Krisen wurden in der Regel durch eine Abwertung der Währung der Defizitländer und dadurch induziertes neues Wachstum bereinigt – und nicht durch konsequentes Sparen in der Krise, wie viele immer noch glauben.

Aus dieser Sicht stellen sich Eurobonds und Rettungsschirme ganz anders dar. Wenn Deutschland das Überleben des Euro will und damit gleichzeitig verhindern will, dass sich seine Wettbewerbsfähigkeit quasi über Nacht in einer Abwertung der aus dem Euroraum ausscheidenden Länder in Rauch auflöst, muss es so lange Unterstützung leisten, bis sich die Wettbewerbsverhältnisse wieder normalisiert haben. Stiegen in Deutschland von nun an die Nominallöhne konsequent um ein bis zwei Prozent oberhalb von deutschem Produktivitätsfortschritt plus der 2 % - Zielinflationsrate und in den südeuropäischen Ländern etwas darunter, kann man es schaffen, in zehn bis zwanzig Jahren die Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit zu schließen, weil Deutschland dann genügend an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben würde, um den anderen die Rückkehr an die Kapitalmärkte zu ermöglichen.

Um diesen langen Zeitraum zu überbrücken, sind Eurobonds oder die Rettungsschirme ebenso wie eine konsequente Intervention der Europäischen Zentralbank sinnvolle Maßnahmen, weil sie die Zinslast der Defizitländer reduzieren und die Rückkehr auf einen Wachstumspfad erheblich erleichtern. Leistungsbilanzdefizite wie -überschüsse können nur unter großen Schmerzen, nämlich in einer tiefen Rezession, über Nacht verschwinden. Wer das nicht will oder politisch für gefährlich hält, muss die Defizite so lange von Seiten der Überschussländer finanzieren, bis die Märkte ohne maßlose Übertreibungen wieder ihre Rolle bei der Kreditgewährung übernehmen. In einer Währungsunion dauert das sehr lange, wenn das Problem über einen sehr langen Zeitraum – wie das im Euroland der Fall ist - entstanden ist und eine Deflation vermieden werden soll. Insofern sind Eurobonds und all die anderen Maßnahmen eine Brücke bis zur Erreichung des Zieles, nicht mehr und nicht weniger. Wer jetzt völlig losgelöst von dem eigentlichen Problem die Bonds oder die Rettungsmaßnahmen in Bausch und Bogen verdammt, wie viele deutsche Politiker und Ökonomen, muss das Ziel verfehlen. Eine Brücke zu bauen ist allerdings nur sinnvoll, wenn man weiß, wo sie am Ende aufliegen kann. Den Brückenbau zu diskutieren, ohne das Ziel zu kennen, wie man das bei den meisten Sozialdemokraten und Grünen vermuten muss, ist ebenfalls verlorene Liebesmüh.

Wer jedoch so tut, als könne ein Land seine Wettbewerbsposition halten, die anderen ihre aber gleichzeitig verbessern, ist völlig auf dem Holzweg. Auch diejenigen, die glauben, die anderen könnten einfach ihren Gürtel enger schnallen wie eine schwäbische Hausfrau und schon würden die staatlichen Defizite sinken, sitzt einem Irrtum auf. Was wir derzeit erleben, ist nicht nur der drohende Untergang des Euro, sondern es ist auch der klar erkennbare Untergang des logischen Denkens in der Ökonomie. Dass Wettbewerbsfähigkeit immer ein relatives Konzept ist, bei dem der eine nur gewinnen kann, was der andere verliert, ist in den Grabenkämpfen um die richtige wirtschaftspolitische Ideologie genauso verlorengegangen wie die schlichte Tatsache, dass der Staat nicht sparen kann, ohne dass das über sinkendes Wachstum oder eine Verstärkung der Rezession negative Auswirkungen auf seine Einnahmen und auf seine Ausgaben hat.

Solche logischen Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen, überfordert aber anscheinend große Teile der Politik. Wie könnte man sonst die Besessenheit erklären, mit der ohne Rücksicht auf die politischen Folgen die „Anderen“ als unfähig oder unwillig beschimpft werden, das einzig Richtige zu tun und ihren Gürtel gefälligst enger zu schnallen. Nur die baldige Rückkehr der Vernunft kann den Euro und mit ihm den Frieden in Europa retten.